



IND flash

Nr. 73 August 2021 **Aktuelles der SVP Baselland**

| | | | | |
|--|--|---|---|--|
| Thomas Weber Eidgenossenschaft – Direkte Demokratie – Feiern Seite 2 | Peter Riebli Referendum gegen das untaugliche Integrationsprogramm Seite 4 | Thomas de Courten Die Ehe ist eine Lebensgemeinschaft von Mann und Frau Seite 5 | Sandra Sollberger Die Juso 99%-Initiative ist brandgefährlich Seite 6 | Dominik Straumann Wir wollen zurück an die Spitze! Seite 7 |
|--|--|---|---|--|

AZB
4414 Füllinsdorf

Nein zu unverschämten Subventionen für reiche Verleger-Dynastien!

Bundesrat und Parlament wollen die Medienförderung auf jährlich 178 Millionen Franken aufstocken und damit den Journalismus in die staatliche Abhängigkeit führen. Unterschreiben Sie jetzt das Referendum und helfen Sie mit, die Medien- und Meinungsvielfalt in der Schweiz zu erhalten.



Von Christian Keller

GAST-KOMMENTAR

Wissen Sie, wie viel operativen Gewinn die Schweizer Grossverlage TX Group, CH Media, Ringier und NZZ im Corona-Jahr 2020 erzielt haben? Ich verrate es Ihnen gerne: 275 Millionen Franken. Eine stolze Summe, vor allem in Anbetracht der Pandemie und ihren starken Auswirkungen auf die Wirtschaft. Wissen Sie, wie die Eigentümer dieser Grossverlage wohnen und über welchen Besitz (ich habe kein Problem mit

Reichtum, ich bin kein Antikapitalist) sie verfügen? Hier einige Beispiele: Die Familie Wanner (Aargauer Zeitung, Watson u.a.) residiert in einem Schloss inklusive dazugehörigem Weingut. Die Ringiers (Blick u.a.) empfangen Gäste in einem grosszügigen Anwesen mit exklusiver Kunstsammlung. Und die Familie Supino (Tages-Anzeiger, BaZ u.a.) verbringt die Sommerferien auf einer eigenen Segelyacht. Wissen Sie – und ab jetzt wird es unverschämt – was diese hochrentablen Grossverlage mit Ausnahme der NZZ von den Steuerzahlern fordern und in Bundesbern mit Schützenhilfe von SP-Medienministerin Simonetta Sommaruga erfolgreich durchgeboxt haben? Mehr Subventionen, um den «Qualitätsjournalismus» in der angeblich Not leidenden Medienbranche zu retten. Auf 50 Millionen Franken beläuft sich die Medienförderung aktuell pro Jahr. Neu sollen es 178 Millionen Franken pro Jahr sein. Die Hauptprofiteure wären: die steinreichen, teils börsenkotierten Medienkonzerne.

Es ist völlig klar: Der «Subventionitis-Pandemie», die offenbar in Verlegerkreisen ausgebrochen ist, muss wirksam entgegengetreten werden. Wie sollen Journalistinnen und Journalisten noch kritisch über Regierung und Behörden schreiben können, wenn sie derart in Abhängigkeit zu staatlichen Geldern stehen? Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit der «vierten Gewalt»? Der Volksmund weiss es schon lange: «Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'». Eine Reihe von Medienunternehmern, die frei und unabhängig bleiben wollen, haben deshalb das Referendum gegen das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ergriffen. Im Komitee «Nein zu staatlich finanzierten Medien» kämpfen wir dafür, dass das Volk über die Vorlage abstimmen kann. Die gefährlichen Gelüste, die das Mediengesetz mit seinen vielen Subventions-Millionen in der Politik weckt, zeigen sich schon jetzt: Bereits hat die Grüne-Nationalrätin Aline Trede einen Vorstoss eingereicht, bei dem sie Forderungen stellt: Nur Medienhäuser, die eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent erfüllen und «Diversity-Massnahmen» einhalten, sollen von der

Medienförderung profitieren dürfen. Ein frontaler Angriff auf die Pressefreiheit! Und eine Geisteshaltung, die deutlich zum Ausdruck bringt, was die Befürworter des Mediensubventionengesetzes immer abstreiten: Wer zahlt, befiehlt!

Das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ist aber auch aus anderen Gründen klar abzulehnen. So ist vorgesehen, dass nicht nur die gedruckte Presse, sondern neu auch Online-Medien unterstützt werden. **Die Wettbewerbskommission (Weko) fand klare Worte: Sie bewertete diese Subventionen als «verfassungswidrig», «wettbewerbsverzerrend» und «ineffizient».**

Alles Argumente, die bei der Mehrheit der Bundesparlamentarier kein Gehör fanden. Haben die Damen und Her-

ren unter der Bundeshauskuppel etwa Angst, sich bald nicht mehr vorteilhaft in Zeitungs-Homestorys präsentieren zu dürfen, weil sie mit einem Nein zum Mediensubventionengesetz den Zorn der Grossverleger auf sich ziehen?

Krass ist der wettbewerbsverzerrende Effekt, den die Vorlage mit sich bringt. Das Gesetz sieht nämlich vor, dass nur Bezahlmedien Anspruch auf Medienförderung erhalten. Sämtliche Gratisanzeiger, die im Unterschied zu Abo-Zeitungen noch grosse Teile der Bevölkerung erreichen und sehr beliebt sind, würden benachteiligt. Gleiches gilt für die kostenlosen Onlineportale.

Das Mediensubventionengesetz führt deshalb dazu, dass die Stellung der Monopol-Medien zementiert wird. Nicht

zahlungskräftige Leserinnen und Leser würden zudem vom Meinungsbildungsprozess ausgeschlossen, weil alle Artikel hinter der Bezahlschranke verschwinden. Das ist kein Modell und keine Zukunft, die wir uns in unserem direktdemokratischen Land wünschen können.

Darum danke ich Ihnen von Herzen, wenn Sie mit Ihrer Unterschrift unter das Referendum dazu beitragen, die Medien- und Meinungsvielfalt in der Schweiz zu erhalten.

Christian Keller ist Inhaber und Herausgeber des Basler Onlineportals «Prime News» (www.primenews.ch). Er sitzt im Vorstand des Komitees «Nein zu staatlich finanzierten Medien». Auch sein Verlag würde von der Medienförderung profitieren.

Eidgenossenschaft – Direkte Demokratie – Feiern



*Von Regierungsrat Thomas Weber
Vorsteher der Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion des Kantons
Basel-Landschaft*

Dass unsere Bundesfeier genau am 1. August gefeiert wird, verdanken wir der Stadt Bern. Diese feierte 1891 ihr 700-jähriges Bestehen, und ungefähr dann war auch der 600. Geburtstag der Eidgenossenschaft. Die beiden Feiern wurden kurzerhand zusammengelegt auf den 1. August. Das ist seither so geblieben. Dass wir am 1. August im ganzen Land einen Feiertag haben, verdanken wir unserer direkten Demokratie, nämlich einer Volksabstimmung aus dem Jahr 1993.

Eidgenossenschaft

Unser Land, die Schweiz, lebt von der Einheit in der Vielfalt. Unsere Vorfahren haben sich geschworen, zusammenzustehen gegen innere und äussere Gefahren. Sie waren dannzumal schon verschieden und achteten sich gegenseitig. Bis heute haben die Leute in den 26 Kantonen unterschiedliche Bedürfnisse und Mentalitäten. Einander zuhören, verstehen lernen, was die Menschen in Fribourg oder Graubünden, im Tessin oder im Glarnerland bewegt, ist für uns und unser Land wichtig. Gerade wir in der Grenzregion Basel sollten uns dies immer wieder zu Herzen nehmen.

Direkte Demokratie

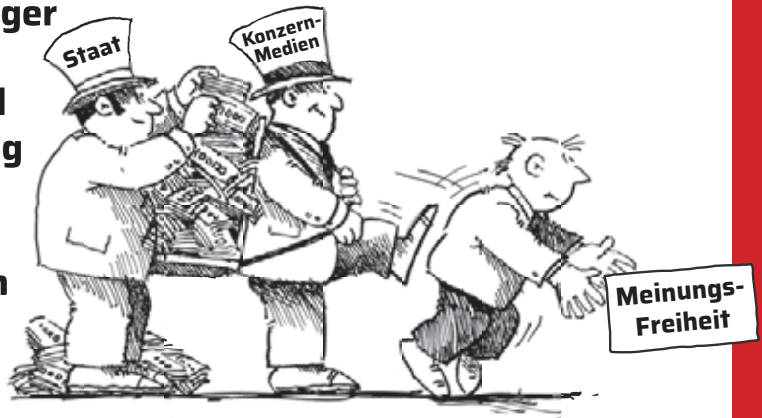
Wir Schweizerinnen und Schweizer stimmen über wichtige – und manchmal auch weniger wichtige – Angelegenheiten von Gemeinde, Kanton und Bund an der Urne ab. Für Änderungen der Bundesverfassung ist das Mehr von Volk und Ständen erforderlich. Es muss also nicht nur eine Mehrheit der einzelnen Stimmen vorliegen, sondern auch eine Mehrheit der Kantone muss Ja sagen. Die grossen Städte sollen nicht die Macht haben, ihre Sicht dem ganzen Land aufzuzwingen. Und das ist gut so: In der Schweiz gelingt Einheit nur in der Vielfalt.

Feiern

Nach 17 Monaten Pandemie genießen wir das Zusammensein, das gemeinsame Feiern im kleineren und bald auch wieder im grösseren Rahmen. In Pratteln, auf dem grossen freien Feld am östlichen Ortsrand, wird ziemlich genau in einem Jahr das grösste Sport- und Kulturereignis der Schweiz stattfinden: Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest, das ESAF Pratteln im Baselbiet. Am Wochenende vom 26. bis 28. August werden wir bis zu 400'000 Besucherinnen und Besucher aus dem ganzen Land zu Gast haben. In der zweiten Jahreshälfte 2022 befinden wir uns aus heutiger Sicht, auch was Corona betrifft, im Bereich des akzeptablen Risikos. Das OK richtet darum die Planung weiterhin voll auf August 2022 aus. Das ESAF Pratteln im Baselbiet feiert Lebendigkeit und Lebensfreude, Respekt und Gemeinschaft. So verstehen wir uns auch als Region beider Basel zusammen mit den Solothurner und Aargauer Bezirken nördlich des Jura: Als eine Region, in der Tradition und Innovation im Alltag ganz selbstverständlich ineinandergreifen. Ich freue mich darauf, Ende August 2022 im Baselbiet drei Tage zusammen mit der ganzen Schweiz zu feiern. Ich hoffe, Sie auch!

Referendum: Nein zu Staatsmedien

Der Bund will die reichen Verleger neu jährlich mit 178 Millionen Franken subventionieren und damit von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie. Die schädliche Staatsfinanzierung der Medien muss gestoppt werden!



NEIN

zu Steuer-Milliarden für Medien-Millionäre

Darum geht es

Bundesrat und Parlament wollen neben der **mit Zwangsgebühren finanzierten SRG** jetzt auch noch die **privaten Medien** mit Milliarden **von der Politik abhängig machen**. Reiche Medienkonzerne sollen vom Bund **jährlich 178 Mio. Franken** bekommen. Zudem fließen Jahr für Jahr **81 Mio. Franken** aus den SRG-Gebühren an die privaten Radio- und TV-Sender der Konzernmedien. Zusätzlich werden sie vom Bund mit einer reduzierten Mehrwertsteuer pro Jahr mit ca. **130 Mio. Franken** unterstützt.

Total kosten die Medien die Steuerzahler jährlich rund 400 Mio. Franken. Zusammen mit den SRG-Gebühren macht das drastische 1,7 Milliarden!

Darum sind Staatsmedien falsch

Staatsfinanzierte Medien können ihre Funktion als vierte Macht im Staat nicht mehr erfüllen. Der Volksmund weiss: **«Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»** Die Subventionen bedeuten **das Ende der unabhängigen Medien** - sie verhindern die öffentliche Debatte, zerstören die Medienvielfalt und sind Gift für die Demokratie.

Darum braucht es das Referendum

Börsenkotierte Konzerne und reiche Verleger brauchen keine Subventionen. Obendrein will der Bund erst noch alle **Gratis-Medien vom Geldsegen ausschliessen und damit die schädlichen Monopole der Grossverleger zementieren**. Weite Bevölkerungsteile werden so von der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen.

Die Medien müssen den Staat kontrollieren, nicht der Staat die Medien!

Stehen Sie ein für unsere direkte Demokratie!

Unterschreiben Sie das Referendum gegen das schädliche Medien-Subventionsgesetz.

Staats-Medien

NEIN

Unterschriftenbogen ausfüllen oder bestellen!



Unterschriftbogen herunterladen via QR-Code.

Oder auf www.Staatsmedien-nein.ch

Oder bestellen via e-Mail an: info@staatsmedien-nein.ch

Referendum gegen das untaugliche Integrationsprogramm



Von Peter Riebli, Landrat
Fraktionspräsident SVP, Buckten

Die SVP Baselland hat gegen das missratene Integrationsprogramm *2bis*, mit einem Kreditbegehren von knapp CHF 1.5 Mio. für die nächsten 2 Jahre, das Referendum ergriffen. Trotz Ablauf der Referendumsfrist in den Sommerferien hat unsere Partei am 21. Juli mit fast 2500 Unterschriften aus allen 86 Gemeinden deutlich mehr als die notwendigen 1500 Unterschriften bei der Landeskanzlei eingereicht. Somit kann die Stimmbürgerin entscheiden, ob bei der Integration die Migranten nur gefördert oder auch gefordert werden sollen und ob der Kanton in den nächsten zwei Jahren CHF 1.5 Mio. ohne Erfolgskontrolle in viel zu vielen kleinen und kleinsten Projekten verschwenden darf.

Der Kanton hat ein Integrationsprogramm vorgelegt, das ineffizient ist und renitente Migranten gewähren lässt. Die Integration von Ausländern auf der Basis des heutigen Programms muss als gescheitert betrachtet werden.

Es ist bezeichnend, dass im Bericht des Regierungsrats für eine erfolgreiche Integration der Ausländer als Erstes die «Offenheit der Schweizerinnen und Schweizer» verlangt wird. Dies erinnert unangenehm an die Aussage des Soziologen Ganga Jey Aratnam von der Universität Basel, der im August 2020 für uns Schweizer Integrationskurse forderte, da wir in unserem eigenen Land langsam zu einer Minderheit und zu den Verlierern gehören würden. Und wörtlich: «Wenn sich die Einheimischen nicht anpassen, wer-

den sie zu Verlierern im eigenen Land.» Das darf nicht passieren! Integrieren müssen sich die Ausländer, die hierzulande Schutz erhalten und als anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig aufgenommene Personen in der Schweiz bleiben.

Integration bedeutet, sich der Schweizer-Gemeinschaft zugehörig zu fühlen und ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Dafür muss man die Grundwerte der Bundesverfassung respektieren, die öffentliche Sicherheit und Ordnung einhalten und am Wirtschaftsleben teilhaben. Die möglichst rasche und nachhaltige Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen in Arbeitsmarkt, Bildung und Gesellschaft ist Aufgabe der Kantone. Und obwohl die Verwaltung zugesteht, dass es auch bei uns Ansätze von Parallelgesellschaften gibt – geschlossene Gruppen, die soziale Kontrolle auf ihre Mitglieder ausüben und es auch als nicht nötig erachten, unsere Sprache zu lernen – lässt das neue Integrationsprogramm jegliche Instrumente zur Messbarkeit und Wirksamkeit des Erfolgs der Integrationsmassnahmen vermissen. Statt die Geldmittel auf wenige, dafür Erfolg versprechende Integrationsprojekte zu setzen, soll unser Steuergeld auf viele Kleinstprojekte, die oft nur im Entferntesten etwas mit erfolgreicher Integration zu tun haben, aufgeteilt werden.

Was die Folgen nicht gelungener Integration sind, sieht man viel zu häufig in umliegenden Ländern: No-Go-Areas, sexuelle Belästigungen der Frauen bis hin zu Gruppenvergewaltigungen, Enthauptungen missliebiger Personen, Femizide, ... Damit es bei uns nicht so weit kommt, braucht es ein Integrationsprogramm, das seinen Namen verdient: nämlich die Willigen bei ihren Bemühungen gezielt zu unterstützen und die Verweigerer zu bestrafen.

Zwar kennen wir alle unbestritten erfolgreiche Integration; Menschen, die aus den unterschiedlichsten Motiven zu uns gekommen sind und grosse, eigenverantwortliche Anstrengungen zur Integration und Teilhabe unternommen haben. Dies anerkennen und schätzen wir.

Aber wir wollen, dass man sich in einem Integrationsprogramm auch Gedanken

darüber macht, was man mit den Leuten macht, die sich nicht integrieren wollen und quasi in einer Parallelgesellschaft leben, ohne jede Bestrebung, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Darüber verliert das Programm kein Wort.

Integration bedeutet nämlich nicht nur fördern, sondern auch fordern. Integration setzt den Willen voraus, sich überhaupt integrieren zu wollen. Aber das wollen leider nicht alle bei uns aufgenommenen Migranten. Diesen Integrationsverweigerern mit Toleranz zu begegnen ist falsch, denn diese legen das als Schwäche der degenerierten, westlichen Gesellschaft aus. Integrationsverweigerer muss man mittels Integrationsvereinbarungen (ein Wort, das im ganzen Integrationsbericht des Kantons nie erwähnt wird) klare Auflagen erteilen und bei Nichteinhaltung entsprechende Konsequenzen ziehen – notfalls bis zum Entzug der Aufenthaltserlaubnis.

Wir wollen den Kanton dazu bringen, das Integrationsprogramm nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang aller Integrationsmassnahmen umfassend anzuschauen: Was tun wir? Wie investiert man das Geld am sinnvollsten? Wo macht es keinen Sinn? Wie kann man Integrationsverweigerer entweder dazu bringen, sich zu engagieren oder aber wie kann der Kanton Sanktionen verhängen, falls nötig? All das lässt das vorliegende Integrationsprogramm vermissen.

Im Kanton Baselland macht der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund mittlerweile über 36% aus. Es ist deshalb notwendig, erfolgreicher Integration einen höheren Stellenwert beizumessen und für griffige, erfolgsbasierte Integrationsmassnahmen zu sorgen.

Integration ist und bleibt eine wichtige staatliche Aufgabe. Diese soll nicht etwa infrage gestellt werden und es soll auch keine Ausländerdiskussion entfacht werden. Aber es ist unsere Aufgabe, die ansässige Bevölkerung zu schützen und die Integration bei den Migranten einzufordern. Jetzt liegt es noch in unseren Händen, Parallelgesellschaften mit all ihren negativen Auswirkungen zu verhindern. Dazu braucht es am 28. November ein klares NEIN der Baselbieter zum vorliegenden, völlig missratenen Integrationsgesetz!

Die Ehe ist eine Lebensgemeinschaft von Mann und Frau



Von Thomas de Courten, Nationalrat

Die Familie und damit die Ehe ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Das Recht auf Familie und Ehe ist deshalb auch in Artikel 14 unserer Bundesverfassung verankert und geschützt. Unter einer «Ehe», verstehen wir bisher, wie übrigens der Bundesrat und das Bundesgericht auch, eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Eine Lebensgemeinschaft, in der Mann und Frau als Elternteile Kinder zeugen und grossziehen und so eine Familie bilden. Nur aus einer solchen dauerhaften Lebensgemeinschaft von Mann und Frau heraus kann – natürlicherweise – auch neues menschliches Leben entstehen und im Rahmen einer Familie generationenübergreifend weitergegeben werden. Die Ehe ist deshalb auch als rechtliche Norm und als gesellschaftliches Ideal bis heute zu Recht einer Verbindung von Frau und Mann vorbehalten. Das Parlament will diese nun aufweichen und die «Ehe für alle» einführen, mit einer blossen Gesetzesänderung, was unserer Verfassung, mindestens so wie sie bisher ausgelegt wurde, eigentlich widerspricht. Neu soll auch den technischen Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin Tür und Tor geöffnet werden, und – was bisher nicht geht – auch lesbischen Paaren ermöglicht werden, per Samenspende Nachwuchs für sich zu generieren.

Das gesellschaftliche Ideal einer Familie bzw. einer Ehe soll so dem derzeitigen Zeitgeist, nach dem alle möglichen Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen als modern und gesellschaftlich

akzeptiert gelten sollen, geopfert werden. Neu soll die per Verfassung geschützte Institution «Ehe» allen offenstehen. Unabhängig vom Geschlecht und unabhängig von der sexuellen Orientierung.

Alle, egal ob homosexuell, transgeschlechtlich oder sich gar keinem Geschlecht zugehörig fühlend, alle sollen im Rahmen einer dauerhaften Beziehung als Eheleute anerkannt und als Familie geschützt werden. Mit den Argumenten von Gleichstellung und gesellschaftlicher Toleranz lässt sich diese Position – unter Erwachsenen – zwar durchaus vertreten. In der Konsequenz bedeutet das aber auch, dass die «Ehe» neu zu einer rein vertraglich vereinbarten «Verantwortungsgemeinschaft» degradiert wird. Eine solche «Ehe», mitsamt allen Rechten und Pflichten, kann dann letztlich auch jedwelchen polygamen Beziehungen oder weniger dauerhaften bzw. zeitlich eingeschränkten Gemeinschaften nicht mehr verwehrt werden. Der Beliebigkeit sind dann keine Grenzen mehr gesetzt.

Ich will keinem Erwachsenen das Recht absprechen, sein Leben selbst zu bestimmen. Im Gegenteil. Letztlich muss und darf das jeder und jede, durchaus selbstbezogen und absolut egoistisch, für sich entscheiden. Auf der Strecke bleiben dann aber einerseits das gesell-

schaftliche Ideal der Familie als Stütze unserer Gesellschaft, andererseits das Recht des Kindes auf leibliche Eltern, natürlicherweise einen männlichen Vater und eine weibliche Mutter. Und dort, in der Verantwortung gegenüber unseren Kindern, enden für mich Egoismus und Toleranz.

Zudem ist die Ehe für gleichgeschlechtliche Partner aus rechtlicher Sicht unnötig. Seit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft in der Schweiz im Jahr 2007 haben zwei Personen gleichen Geschlechts die Möglichkeit, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die eingetragene Partnerschaft wird beim Zivilstandsamt beurkundet und stellt eine Lebensgemeinschaft mit eheähnlichen gegenseitigen Rechten und Pflichten dar. Für mich ist klar, dass die Ehe Frau und Mann vorbehalten ist – und dass das auch so bleiben soll. Die Befürworter der Vorlage «Ehe für alle» wollen diese Verbindung aufweichen. Ich hingegen lehne es ab, alle möglichen Formen des Zusammenlebens mit der Ehe gleichzustellen. Ich will weder eine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe noch die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare oder sogenannte Einelternfamilien. Deshalb braucht es ein Nein zur «Ehe für alle», wie sie vom Parlament – vorbei am Volkswillen – beschlossen wurde.



Die Juso 99%-Initiative ist brandgefährlich

Erfreulicherweise hat das Schweizer Volk am 13. Juni gegen die beiden Landwirtschaftsinitiativen und gegen das CO₂-Gesetz gestimmt. Als einzige Partei war die SVP nicht nur gegen die beiden linken Volksinitiativen, sondern sprach sich auch klar gegen das CO₂-Gesetz aus. Diese Ablehnungen sind ein überzeugender Erfolg für die Schweizer Bevölkerung, denn wir wären überall stark eingeschränkt worden. Mehr Bürokratie und höhere Kosten wären die Folgen gewesen. Dies konnte die SVP mit geeinten Kräften verhindern. An diesen Erfolgen gilt es nun anzuknüpfen.

Nein zur linken 99%-Initiative

Nach dieser Weichenstellung ist die nächste linke Initiative in den Startlöchern, bei welcher es gilt, sich für die Schweizer Bevölkerung einzusetzen. Im Herbst stimmen wir über die 99%-Initiative der Juso ab. Sie fordern, dass Kapital zu einem grösseren Prozentsatz als bisher versteuert werden muss. Die Folgen wären für die ganze Wirtschaft verheerend. Die steuerlichen Mehrbelastungen auf das Kapital der Betriebe führen dazu, dass weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, welche die Unternehmen zum Überleben und Wirtschaften brauchen. Das Unterneh-

mertum würde einmal mehr durch linke Ideologien geschwächt. Gerade nach der Corona-Krise müssen wir doch schauen, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Wir brauchen unternehmerisches Engagement, um eine grössere Wirtschaftskrise zu verhindern. Hier würde die Initiative der Juso genau das Gegenteil bewirken und uns zurückwerfen.

Auch KMU und das Gewerbe sind betroffen

Insbesondere KMU, das Gewerbe und Familienunternehmen wären massiv davon betroffen. Familienbetriebe, welche eher klein sind, wie die örtliche Schreinerei, der Sanitärinstallateur, die Metzgerei oder der Dorfladen wären gefährdet. Ihnen bleibt weniger Geld für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Nachfolgelösungen würden zusätzlich erschwert, da die mit der Initiative angestrebte Kapitalgewinnsteuer die Übertragung der meist über viele Jahre aufgebaute Firmensubstanz erschwert. Somit trifft diese Mogelpackung auch den Schweizer Mittelstand sowie auch Personen mit tieferen Einkommen. Arbeitsstellen werden damit vernichtet, Lehrstellen gestrichen und das Engagement der Unternehmer erstickt. Die So-



Von Sandra Sollberger
Nationalrätin SVP BL

zialisten versprechen zwar immer, den Armen zu helfen, aber mit dieser Initiative passiert genau das Gegenteil. Grosse Unternehmen werden Jobs einfach auslagern. Mittlere und kleine Betriebe werden weniger investieren können, was ebenfalls eine Schwächung der lokalen Wirtschaft bedeutet. Insgesamt ist diese Initiative ein Schuss ins eigene Bein. Sie schwächt den Unternehmensstandort Schweiz und damit die Grundlage für unseren Wohlstand. Halt typische Juso-Forderungen ... Deshalb sage ich Nein zu dieser schädlichen Initiative.

Erfolgreiche Integration braucht vor allem den Willen dazu



Von Reto Tschudin

Dank der SVP kann das Baselbieter Stimmvolk schon bald über das kantonale Integrationsprogramm «2bis» abstimmen. Während die anderen Parteien

im Landrat dem Programm zustimmten, es gleichzeitig aber inhaltlich kritisieren, hatte die SVP den Mut, dagegen das Referendum zu ergreifen und konnte über 2500 Unterschriften sammeln. Nun dürfen wir am 28. November 2021 darüber abstimmen, ob das Integrationsprogramm und die dazugehörenden 1,5 Millionen Franken bewilligt werden sollen. Geld, das gemäss Programm für Informationsbroschüren, neue Flyer und neue Zertifizierungen von Dolmetschern eingesetzt werden soll. Massnahmen also, die mit Integration als solcher nichts zu tun haben. Das Geld fliesst in die Sozialindustrie. Diese beschäftigt sich gerne mit sich selbst, aber integriert wird niemand besser, nur weil er einen neuen Flyer erhält. Zur erfolgrei-

chen Integration gehört vor allem der Wille sich zu integrieren und anzupassen. Das erkannten übrigens im Landrat auch diverse Politiker anderer Parteien. Aber für deren Fraktionen waren 1,5 Millionen Franken «kein zu kleiner Betrag», um sich dagegen auszusprechen! Für mich eine Unverschämtheit. Der Kanton schreibt rote Zahlen, die Steuereinnahmen werden aufgrund der Pandemie als sinkend prognostiziert, und wir schmeissen das Geld mit der Begründung raus, es sei ja nur wenig. Wir fordern ein Programm mit sinnvollen Integrationsmassnahmen – also solche, bei dem auch gefordert und nicht nur gefördert wird – und nicht solche, wie sie das Integrationsprogramm «2bis» vorsieht.

Wir wollen zurück an die Spitze!



Dominik Straumann, Präsident SVP BL

Die SVP Baselland will den klaren Aufwärtstrend der letzten Monate halten und verstärken, eine Verjüngung in der Partei herbeiführen, inskünftig noch stärker den politischen Takt im Kanton bestimmen sowie nicht zuletzt als wählerstärkste Partei aus den Erneuerungswahlen 2023 hervorgehen.

Dies ist die Essenz der Generalversammlung (GV) und des Parteitags der Kantonalpartei von Montagabend, 16. August, im Talhof in Maisprach.

In meinem Jahresbericht vor rund 80 Anwesenden durfte ich ein überaus positives Fazit aus den vergangenen Monaten ziehen. Unsere Partei befindet sich ganz klar im Aufwärtstrend; diesen Schwung gilt es nun mitzunehmen. Als jüngstes Beispiel nenne ich an dieser Stelle das Referendum gegen das Integrationsprogramm, welches im Nu zustande kam.

Die Debatte im Zusammenhang mit diesem Referendum soll explizit keine Ausländerdiskussion entfachen. Vielmehr geht es darum, dass zielführende Integration stattfindet, gerade in Bezug auf die Sprache und die Gepflogenheiten in unserer Gesellschaft und Kultur. Im Kanton Baselland beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mittlerweile über 36 Prozent. Auch deshalb ist es notwendig, erfolgreicher Integration einen höheren Stellenwert beizumessen und für griffige, erfolgsbasierte Integrationsmassnahmen zu sorgen.

Zurück zur GV: innert Jahresfrist gelangten insgesamt 21 nationale und kantonale Vorlagen zur Abstimmung und in rund zwei Dritteln aller Abstimmungen folgten die Stimmbürgerinnen

und Stimmbürger den Parolen der SVP BL. Diese hohe Übereinstimmung mit dem Wählerwillen ist mehr als beachtlich.

Derweil präsentierten wir in Maisprach klare inhaltliche Ziele für die nächsten Monate. Das detaillierte Programm kann auf der Website der SVP BL (www.svp-bl.ch) in meinem ausführlichen Jahresbericht nachgelesen werden. Seitens des Büros der Parteileitung sind wir unserem Regierungspräsidenten Thomas Weber moralisch zur Seite gestanden. Er hat sich – Sie konnten es alle lesen – mit völlig unbegründeten Vorwürfen konfrontiert gesehen und musste gar vor Gericht erscheinen, um dann endlich klar und deutlich freigesprochen zu werden. Wer Thomas Weber so rechtschaffen und pflichtbewusst kennt, wie wir in der SVP BL, konnte schlicht und einfach nichts anderes erwarten. Vielen Dank Thomas für Dein starkes Rückgrat und Deine Gradlinigkeit – auch in dieser für Dich zweifellos sehr schweren Zeit!

Im Mitgliederbestand ist eine gewisse Überalterung nicht von der Hand zu weisen. Aus diesem Grund hat die Parteileitung mit Markus Graf, zusammen mit Nicole Roth, Präsidentin JSVP BL, ein Team eingesetzt, um noch gezielter die Jungen anzusprechen. Die Verjüngung der Parteikader findet Schritt für Schritt statt. Und gleichzeitig dürfen wir nach wie vor auch von der vorhandenen Erfahrung der Routiniers profitieren.

Ein klares Indiz für unseren zeitgemässen, modernen Stil ist gewiss, dass wir in den letzten Monaten aufgrund der bekannten äusseren Umstände für alle Parteigremien eine Videokonferenzlösung eingerichtet haben, um trotz aller Widerwärtigkeiten Sitzungen abhalten und mit den Mitgliedern in Kontakt treten zu können.

Die Vorbereitung der Gesamterneuerungswahlen im Frühjahr 2023 sind angelaufen und es ist das erklärte Ziel der SVP BL, nach diesen Wahlen wieder die wählerstärkste Partei im Baselbiet zu sein.

Die Generalversammlung stimmte sämtlichen Geschäften einstimmig zu, der präsidiale Jahresbericht wurde mit grossem Applaus genehmigt.

Das Fazit: Es gilt nun, den Schwung der jüngsten Erfolge mitzunehmen. Wir brauchen starke Sektionen, einen guten Mittelbau bei den Mitgliedern und vor allem junge Menschen, welche die Werte der SVP vertreten und dafür einstehen. Ich bin überzeugt, dass wir in den letzten 12 bis 18 Monaten sämtliche Massnahmen eingeleitet haben, damit die SVP BL nach den Wahlen 2023 wieder als wählerstärkste Partei dastehen wird. Aber es gibt noch viel zu tun ... auch für eine Siegerpartei! Packen wir es gemeinsam an, denn nur geschlossen als Team erreichen wir dies.

**TALENT GEWINNT SPIELE,
ABER TEAMWORK UND INTELLIGENZ
GEWINNEN MEISTERSCHAFTEN**



Geben und Nehmen Von Matthias Ritter, Landrat SVP, Diegten



Halten wir uns in einem fremden Land auf – sei es für längere Zeit oder auch nur ferienhalber –, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns den dortigen Gepflogenheiten und Regeln anpassen. Diese Selbstverständlichkeit dürfen wir handkehrum auch von jenen Menschen einfordern, die aus den verschiedensten Gründen bei uns in der Schweiz zu Gast sind – ob sie nun in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht waren, oder ob sie bei uns einer Arbeit nachgehen, von der niederschweligen Tätigkeit bis hin zu Expats in Kaderstellen.

Damit sich Fremde bei uns schnell einleben, tragen wir mit einer effizienten Förderung zur Integration bei. Demgegenüber steht aber ganz klar die Forderung, dass Migranten unsere Gesellschaft, unsere Arbeitsmoral und unsere Kultur akzeptieren und mitleben. Aus dem Geld und dem Engagement, das in die Integration investiert wird, muss eine Gegenleistung resultieren. Ist dies nicht der Fall, müssen die nötigen Konsequenzen gezogen werden.

Weil diese Ausgewogenheit des Gebens und Nehmens nicht der Realität entspricht, hat die SVP Baselland gegen das 1,5 Mio. Franken teure kantonale Integrationsprogramm «2bis» das Referendum ergriffen. Für das Begehren kamen über die Sommerferien hinweg rund 2500 Unterschriften aus allen 86 Baselbieter Gemeinden zusammen. Das zeigt, dass die Bevölkerung bei der Integration nicht stumm abnicken, sondern mitbestimmen möchte.

Lassen Sie sich den Flash per E-Mail liefern!

Immer mehr Mitglieder möchten den Flash nur noch per E-Mail erhalten und sind begeistert davon! Ab der nächsten Ausgabe des *Flash* haben auch Sie die Möglichkeit, die Zeitung per Mail zu erhalten!

Das hat folgende Vorteile

- Sie können die jeweiligen Ausgaben bequem in einem Ordner auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone speichern.
- Sie haben immer alle Ausgaben dabei und können so jederzeit etwas nachlesen, das Sie interessiert.
- Sie sparen Platz, da Sie die Papierausgaben nicht irgendwo sammeln müssen.
- Die Partei spart Geld, das sie nicht für Druck und Porti ausgeben muss.

Teilen Sie einfach Ihre E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle, info@svp-bl.ch, mit, wenn Sie den *Flash* in Zukunft per Mail erhalten möchten. Die Druckerei wird auch den Versand per Mail übernehmen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Geschäftsstelle SVP Baselland

Haben Sie eine neue (E-Mail-)Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.
info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21



Termine

Aufgrund der Corona-Situation bitten wir Sie, für Termine der SVP Baselland die entsprechende Website zu besuchen.
www.svp-bl.ch

Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.
 Redaktion: flash@svp-bl.ch, Druck: Schaub Medien AG, Liestal.
 Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per E-Mail an: info@svp-bl.ch
 Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / www.svp-bl.ch

